

Maas: Deutschland Vorreiter bei Aufnahme von Hochsee-Asylanten

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) kündigt eine Initiative zur Verteilung geretteter Bootsflüchtlinge an und sieht Deutschland dabei als Vorreiter. "Wir brauchen ein Bündnis der Hilfsbereiten für einen verbindlichen Verteilmechanismus", sagte Maas gegenüber der Presse. Wer Kritik von der CSU erwartet hat, der wurde eines Besseren belehrt. Das CSU-geführte Bundesinnenministerium stellte sich hinter den Vorstoß des SPD-Ministers.

Bundesaußenminister Maas führte öffentlich weiter aus, dass Deutschland bereit ist zu garantieren (!!), immer ein festes Kontingent an Geretteten zu übernehmen. Ob das Deutschland auch so sieht, scheint ihn nicht zu interessieren. Seenotrettung ist grundsätzlich aus Sicht der Republikaner richtig, aber diese Personen müssen dann in die Länder direkt zurückgebracht werden, aus denen sie stammen. Eine Verbringung in die EU oder direkt nach Deutschland lehnen wir entschieden ab. Damit wird die Einwanderung über den Seeweg nur noch weiter unnötig gefördert.



Die Kluft zwischen armen und reichen Städten hat sich trotz der guten Konjunktur in den vergangenen Jahren einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge vergrößert. Hohe Schuldenberge bei steigenden Kosten für Hartz-IV-Empfänger und hohe Haushaltsdefizite setzen schwache Kommunen unter Druck, wie aus der aktuellen Studie hervorgeht. Die ohnehin schon starken Kommunen profitieren hingegen von der Wirtschaftslage. Die Autoren hatten die Entwicklung der zehn reichsten und zehn ärmsten kreisfreien Städte verglichen. Als Indikator nahmen sie den Anteil an Hartz-IV-Empfängern. Das Haushaltsdefizit der armen Kommunen lag im Zeitraum 2010 bis 2017 bei fast einer Milliarde Euro, während solvente

Städte einen Überschuss von 3,6 Milliarden erzielten. Zu den ärmsten Kommunen gehören fünf Ruhrpott-Städte, darunter Gelsenkirchen - dort bezieht fast jeder Vierte Hartz IV. Es geht um Menschen im Alter bis zu 65 Jahren; Rentner bekommen aus einem anderen Topf Hilfen, der nicht von den Kommunen getragen wird. In Essen, Herne, Duisburg und Dortmund bezieht etwa jeder Fünfte Hartz IV. Demgegenüber stehen zehn Städte mit dem niedrigsten Hartz-IV-Anteil, von denen acht in Bayern und zwei in Baden-Württemberg sind. Am besten sieht es in München aus, wo den Angaben zufolge nur 4,5 Prozent der Bevölkerung die staatliche Hilfe beziehen. In Deutschland gibt es knapp 7,6 Millionen Empfänger sozialer Mindestsicherung, das entspricht 9,2 Prozent der Bevölkerung. Mehr als die Hälfte davon bekommt Hartz IV. In dem Fünftel Deutschlands mit dem größten Handlungsbedarf liegt das verfügbare Einkommen laut Bericht bei 18.589 Euro pro Einwohner. In dem Fünftel des Landes, wo am wenigsten nachgesteuert werden muss, liegt dieser Mittelwert bei 25.253 Euro.

Strafmündigkeit auf 12 Jahre senken

Bereits seit vielen Jahren fordern wir Republikaner eine Senkung der Strafmündigkeit auf das 12. Lebensjahr. Nicht ohne Grund, wie sich immer wieder an schockierenden Beispielen zeigt. Aktuell ist die Justiz ohne Handhabe gegen Kriminelle, die das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Erst ab diesem Zeitpunkt kann Jugendstrafrecht angewendet werden.

Es gibt aber auch Gegner der Senkung und hierzu gehört unter anderem der Deutsche Richterbund. Dieser hat sich gegen eine Absenkung des Alters für Strafmündigkeit bei ausgesprochen mit der Begründung, dass angeblich keine Notwendigkeit besteht, das Alter für Strafmündigkeit von 14 auf zwölf Jahre herabzusetzen, teilte eine Sprecherin nach den Vorkommnissen in Mülheim a.d.R. mit.

Auch der Deutsche Kinderschutzbund spricht sich deutlich gegen einen solchen Schritt aus und verlagert die Verantwortung direkt auf die Jugendämter.



Nach einer Vergewaltigung in Mülheim an der Ruhr gelten drei 14-Jährige und zwei Zwölfjährige als dringend tatverdächtig. Angesichts dessen war unter anderem vom Chef der Deutschen Polizei-

gewerkschaft, Rainer Wendt, die Forderung laut geworden, das Alter für die Strafmündigkeit in Deutschland auf zwölf Jahre herabzusetzen. Kinder unter 14 Jahren sind in Deutschland generell nicht strafmündig, können also nicht vor Gericht gestellt werden. Es muss aber ein Mittel geben, um kriminelle Minderjährige wieder auf den rechtsstaatlichen Boden zu bringen und die Gesellschaft vor solchen Personen zu schützen. Auch muss berücksichtigt werden, dass Kinder mit 12 oder 13 Jahren heute oftmals weiter entwickelt sind, als noch vor 20 Jahren. Wie Projekte scheitern können zeigt sich an dem Fall von Mülheim deutlich. Einer der Tatverdächtigen wurde als Intensivstraftäter eingestuft und durchlief mehrere Maßnahmen erfolglos.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Mehr Strom aus erneuerbaren Energien

Erstmals in einem Halbjahr wurde in Deutschland 2019 mehr Strom mit erneuerbaren Energien erzeugt als mit Kohle und Atom. Nach einer aktuellen Erhebung des Think-Tanks Agora Energiewende stammten 41,9 Prozent des in Deutschland erzeugten Stroms aus Wind-, Solar-, Biomasse- und Wasserkraftwerken. Dagegen kamen nur 38,7 Prozent aus Braunkohle- (18,4 Prozent), Steinkohle- (8,6 Prozent) und Atomkraftwerken (11,7 Prozent).

Werden wir bald von Grünen/SPD/Linken regiert?

Die Vorstellung ist in jeder Hinsicht eine politische Vollkatastrophe und es muss damit gerechnet werden, dass unser Land von einer rot-grünen Abwicklertruppe regiert wird. Nach aktuellen Umfragen hätte eine grün-rot-rote Koalition eine Mehrheit im Bundestag. Im „Sonntagstrend“ für die „Bild am Sonntag“ erreichten die Grünen, die SPD und die Linke zusammen 48 Prozent. Die Grünen lagen demnach im Vergleich zur Vorwoche unverändert bei 24 Prozent, die Linke lag bei neun Prozent. Die SPD gewann zwei Prozentpunkte dazu und kam auf 15 Prozent.

Jugendamtsleiter gegen Haftstrafen für Sexualstraftäter

Immer noch gehen die schrecklichen Ereignisse aus Mülheim a.d.R. durch das Land und weitere ähnliche Fälle folgten, da zeigt ein Düsseldorfer Jugendamtsleiter seine skurrilen Vorstellungen von Haftstrafen. Johannes Horn äußerte gegenüber der Presse, "dass junge Sexualstraftäter Hilfe benötigen – und keine Haftstrafen". Daran zeigt sich wieder deutlich, welchen Stellenwert die Opfer bei einigen Behördenvertretern genießen und wie lasch mit den Tätern verfahren werden soll, teilte der Düsseldorfer REP-Stadtrat Maniera mit und führte weiter aus: In erster Linie muss unsere Gesellschaft vor hochgradig kriminellen Personen

geschützt werden. Insbesondere bei Sexualdelikten oder gegenüber Intensivstraftätern sind daher Haftstrafen zwingend erforderlich und nicht pauschal abzulehnen. Dieses falsche Opferverständnis eines Jugendamtsleiters ist untragbar, weshalb wir die sofortige Entfernung von Herrn Horn aus seinem Amt fordern. Gerade im Bereich der Leitung des Jugendamts sollte das passende Verständnis gegenüber den Opfern vorherrschen und nicht gegenüber den Tätern.

Jetzt Flagge zeigen

Aufgrund der Nachfrage waren Banner, Flaggen, T-Shirts und Schirmmützen vergriffen. Jetzt können diese wieder bei uns bestellt werden. Wenden Sie sich einfach per Email an uns: bund@rep.de

Höhere Kosten durch CO2-Steuer

Bis 2030 muss der Treibhausgas-Ausstoß um 55 Prozent gegenüber 1990 zurückgehen. Bislang sind es aber nicht einmal 30 Prozent. Bis Ende des Jahres will deshalb die Große Koalition ein Klimaschutzgesetz beschließen, damit das Ziel sicher erreicht wird. Schon jetzt sei aber klar, dass eine CO2-Steuer für alle teuer wird. Der Ausstieg aus der Atomenergie, der Ausstieg aus der Kohleverstromung, das gleichzeitig wird zu massiv steigenden Preisen führen. Kommt darauf dann auch noch die CO2-Besteuerung, wird es für alle Menschen in diesem Land erheblich teurer. Nach der Empfehlung der Wirtschaftsweisen, das Tanken und Heizen mit Öl und Gas für den Klimaschutz zu verteuern, werden auch die Belastungen für Mieter steigen, denn es darf davon ausgegangen werden, dass die dadurch entstehenden Heizkosten auf die Mieter umgelegt werden.

REP-Stadtrat mit Flugzeug abgestürzt

Lokalpolitiker Markus Schmid, der für die Republikaner im Rosenheimer Stadtrat sitzt, ist am Samstag bei einem Flugunfall schwer verletzt worden. Im Rahmen einer Kunstflugvorführung verlor der 69-Jährige die Kontrolle über sein Flugzeug und stürzte in eine Wiese bei Tüßling. Die gute Nachricht: Lebensgefahr besteht nicht, Schmid ist ansprechbar und schon wieder guter Hoffnung: „Das wird schon wieder“, sagte er gegenüber der Presse. Wir wünschen ihm schnelle und vollständige Genesung.

Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen, z.B. in Bruchsal, 18.07, um 18.30 Uhr oder in Wiesental, am 21.07, um 10.00 Uhr. Informationen unter:0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.